

Machen Frauen bessere Politik?

Die Friedensforscherin Renée Ernst kritisiert das Fehlen von Frauen in der irakischen Übergangsverwaltung

Die Friedensforscherin Renée Ernst ist Abteilungsleiterin am Internationalen Konversionszentrum Bonn und Mitglied der Steuerungsgruppe des Frauensicherheitsrates, einer Aktionsgemeinschaft von 34 Nichtregierungsorganisationen und Einzelpersonen, die die Mitgliedschaft der BRD im UN-Sicherheitsrat kritisch begleitet.

ND: Unlängst hat sich in Berlin der Frauensicherheitsrat gegründet. Worum geht es den Gründerinnen?

Ernst: Wir haben uns zur Aufgabe gesetzt, die Rolle von Frauen in der Friedens- und Sicherheitspolitik zu stärken und die Genderperspektive in den außen- und sicherheitspolitischen Diskurs zu befördern. Insbesondere wollen wir uns stark machen für die im Oktober 2000 beschlossene UN-Resolution 1325. Sie befasst sich mit dem Schutz der Frauen in den Krisengebieten und mit der Integration von Frauengruppen und Zivilgesellschaft in Friedensprozesse. Der Frauensicherheitsrat will die Politik der Bundesregierung gerade während der deutschen Mitgliedschaft im UN-Sicherheitsrat konstruktiv und kritisch begleiten.

Wenn ich mir Condoleezza Rice oder Angela Merkel ansehe, frage ich mich: Machen Frauen wirklich bessere Politik?

Darum geht es nicht. Frauen sind nicht grundsätzlich friedfertiger. So hat Margaret Thatcher auf den Falkland-Inseln Krieg geführt und Indira Gandhi in Pakistan militärisch eingegriffen. Auch Frauen führen Kriege und sind in unterschiedlichster Weise in gewaltförmige Konflikte involviert. Uns geht es um etwas anderes: Es gibt keine Demokratie ohne die gleichberechtigte Beteiligung von Frauen. Frauen haben einen Anspruch darauf, mit ihrer spezifischen Perspektive gleichberechtigt in alle politische Prozesse involviert zu sein.

Was schlägt der Frauensicherheitsrat zur Umsetzung der UN-Resolution 1325 konkret vor?

Die Bundesregierung soll sich im UN-Sicherheitsrat dafür stark machen, dass bei Friedensverhandlungen die gleichberechtigte Beteiligung von Frauen eingefordert wird. Ebenso muss schon bei der Formulierung des Mandats bei Blauhelm-Missionen auf die Berücksichtigung von Genderaspekten geachtet werden. Auch bei den Berichten des UN-Generalsekretärs sollten geschlechtsspezifische Fragen ausreichend Beachtung finden. Die Bundesregierung müsste darauf drängen, dass auch sexuelle Verbrechen und Gewalt gegen Frauen verfolgt werden und solche Verbrechen von Amnestien ausgenommen werden.

Deutliche Kritik hat der Frauensicherheitsrat an der Zusammensetzung der Übergangsverwaltung in Irak geübt, auch unter den jetzt vorgeschlagenen findet sich wieder keine Frau ...

Eine Demokratie, die die Mehrheit aus den politischen Gremien ausschließt, verdient ihren Namen nicht. Auch die USA haben die UN-Resolution 1325 unterzeichnet und müssen sich an diese Resolution halten. Der Frauensicherheitsrat fordert deshalb, in der irakischen Übergangsregierung mindestens ein Drittel aller Posten an Frauen zu vergeben.

Wie realistisch ist diese Forderung?

Die Nichtbeteiligung von Frauen ist gerade in Irak völlig unverständlich. Denn hier gibt es eigentlich wesentlich günstigere Ausgangsbedingungen für Frauen als in anderen arabischen Ländern. Schon 1970 wurde ein Gleichstellungsgesetz in der irakischen Verfassung verankert. Aufgrund der säkularen Regierung hatten die irakischen Frauen Zugang zu Bildung und haben die beste Ausbildung und höchste Qualifikation in der gesamten Region. 85 Prozent der Frauen können lesen und schreiben. Sie hatten außerdem viele Rechte: das Recht auf gleichen Lohn, Zugang zu vielen Berufen und die Erlaubnis, einen Führerschein zu machen. Sie durften ohne Kopfbedeckung in der Öffentlichkeit gehen, sie können in der Armee dienen, das Erbschaftsrecht ist gleichberechtigt und Frauen ist auch Landbesitz erlaubt.

Wie stark war die Beteiligung der Frauen am Berufsleben?

Während des wirtschaftlichen Booms 1980 fehlten in allen Golfstaaten Arbeitskräfte. Die meisten anderen Staaten der Region haben in dieser Zeit ausländische Fachkräfte angeworben. Irak hat auf

die Ausbildung der eigenen Ressourcen gesetzt. Frauen wurden ganz bewusst gefördert " es gab hoch qualifizierte Frauen in allen Bereichen.

Wie hat sich das Embargo auf die Situation der Frauen ausgewirkt?

Frauen haben eindeutig mehr als Männer unter der einsetzenden Armut gelitten, sie haben als erste ihre Erwerbsarbeit verloren. Die Sterblichkeitsrate von Schwangeren hat sich erhöht, weil Frauen keinen Zugang zu regelmäßiger medizinischer Betreuung mehr hatten. Die Ausbildungskluft zwischen Männern und Frauen hat sich enorm vergrößert, eine drastische Abnahme von alphabetisierten Frauen wurde verzeichnet.

Lässt sich die Entwicklung jetzt einfach so wieder umkehren?

Im Prinzip bestehen gute Chancen, an die Zeiten vor dem Embargo anzuknüpfen. Aber von allein passiert offensichtlich nichts. So wurde die Kommission, die die neue irakische Verfassung ausarbeiten soll, ausschließlich mit männlichen Juristen und Richtern besetzt. Es werden also Quoten nötig sein. Wir fordern, dass in allen Gremien mindestens 40 Prozent Frauen und mindestens 40 Prozent Männer sitzen. Nötig ist auch eine Frauenministerin in Irak, die über weitgehende Kompetenzen und ein eigenes Budget verfügt. Es darf nicht so sein wie in Afghanistan. Dort gibt es zwar eine Frauenministerin, aber sie hatte anfangs noch nicht einmal einen eigenen Schreibtisch oder einen Computer.

Interview: Nils Floreck

Erschienen in: Neues Deutschland vom 14.06.2003